

Verwaltung, Druckerei, Maribor.
 Juriceva ulica 4. Telefon 24.
Bezugspreise:
 Abholen, monatlich ... D. 10.—
 Zustellen ... 11.—
 Durch Post ... 10.—
 Durch Post überlief. ... 30.—
 Ausland: monatlich ... 18.—
 Einzelnummer ... 1.—
 Sonntags-Nummer ... 1.—
 Bei Bestellung der Zeitung ... per Abonnementbetrag für Slowenien für mindestens einen Monat, außerhalb für mindestens drei Monate einzeln den. Zu beantworten die Briefe ohne Ausnahme werden nicht berücksichtigt. Invernahmenahme in Maribor bei der Administration der Zeitung: Juriceva ulica 4 in Ljubljana bei Telegraf und Post, in Zagreb bei Postamt u. Kofje, in Prag bei Postamt, in Wien bei Postamt, in allen Angelegenheiten.



Marburger Zeitung

Das französisch-russische Problem.

Die gleichzeitig mit dem Scheitern der Londoner Konferenz in der französischen Presse einsetzende Propagierung einer wirtschaftlichen Verständigung Frankreichs mit Sowjetrußland scheint den Zweck zu haben, England zur Nachgiebigkeit in der deutschen Reparationsfrage zu veranlassen und die Folgen eines Bruches der Entente und einer Isolierung Frankreichs erkennen zu lassen. Eine französisch-russische Annäherung wäre im Verein mit dem in Genue abgeschlossen deutsch-russischen Vertrag geeignet, nicht nur die wirtschaftliche Vorherrschaft Englands in Europa in Frage zu stellen, sondern auch den englischen Interessen im Orient und im fernem Osten gefährlich zu werden. Zur Beurteilung der Bedeutung dieser Frage bietet das Kapitel „Die Sowjet-Diplomatie“ in dem soeben erschienenen Buche Fritz Schottköfers „Sowjetrußland im Umbau“ interessante Anhaltspunkte.

„Die neue russische Diplomatie“ — heißt es dort — „offenbart ihre volle Bedeutung erst, wenn man sie als das Ergebnis einer Entwicklung ansieht. Diese Entwicklung war zu wenig beachtet worden. Sie erscheint keineswegs wie eine Ueberraschung. Die Außenpolitik der Sowjets war lange durch die Achtung gehemmt, die die russische Revolution im Auslandes erfuhr. Der von der Entente unterstützte Bürgerkrieg der Denikin, Judenitsch und Wrangel hatte alle Energie der Bolschewisten auf die nackte Verteidigung eingestellt. In diesem Zustande relativen Friedens treten jetzt die Strömungen auf, die ihre Quellen in dem eigentlichen Erdreich der dauernden russischen Interessen haben. Die Ententestaaten, als Einzelne, wie als Ganzes, Amerika, Japan sind heute die Träger der Weltpolitik. Rußland wirkt in diesem System vorläufig nur als negative Größe. Aber man spürt seine Anziehungskraft in den Bewegungstendenzen der westlichen und fernöstlichen Diplomatie, die in Washington in eine Gleichgewichtslage zu kommen strebt. Rußland kann diesen Entwicklungen nicht gleichgültig zusehen, weder was die allgemeine Gruppierung der großen Mächte anbelangt, noch in bezug auf die möglichen örtlichen Entwicklungen in Ostasien. Sein Eintreten in die aktive Diplomatie könnte vor allem die Position, die Frankreich einzunehmen gedenkt, das Jonglieren zwischen England und Amerika, ihrer monopolartigen Stärke entkleiden. Wenn man sich auf der anderen Seite vorstellt, daß Frankreich und Rußland im stillen Einvernehmen wirkten, dann wäre freilich die Lage Englands, das mit den Sowjets eine Reihe von Reibungsflächen hat, noch weniger bedeutenswert.“

Das Verhältnis Rußlands und Frankreichs wird für die Weltpolitik von größter Bedeutung sein. Auch da wird es halbe und schiefe Lösungen geben, Kompromisse, in denen die politischen und wirtschaftlichen Interessen sich gegenseitig belasten. Weber Frankreich kann sich aus dem Zwang seiner bisherigen Bündnisse und Einvernehmen lösen, noch können die Sowjets ohne Bedenken den Vertrag von Versailles anerkennen, der ihnen unbedingte staatliche Neubildungen an der Westgrenze beschert hat. Mit keinem anderen Lande als gerade mit Frankreich wird es ihnen so schwer fallen, zu einem Einvernehmen zu gelangen. Frankreich erhebt die höchsten wirtschaftlichen Ansprüche. Es hat rund zwanzig Milliarden Goldfranken aus den Vorkriegsschulden des russischen Staates zu fordern. Es hatte in den russischen Aktienunternehmungen von allen europäischen Län-

Das österreichische Problem.

Telegramme der „Marburger Zeitung“.

London, 28. August. Die „Times“ schreiben: Die Kleine Entente sei ein Hauptfaktor der Stabilität Mitteleuropas. Sie habe unter der geschickten Führung der Tschechoslowakei Unruhen hintangehalten und die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Nachfolgestaaten gefördert. Die traurige Lage Oesterreichs könnte den ersten Schritt bedeuten zu einer neuen Art von Zusammenarbeit Italiens und der Kleinen Entente für eine günstige Entwicklung Mitteleuropas.

Rom, 28. August. „Corriere d'Italia“ veröffentlicht unter dem Titel „Akute Krise der Friedensverträge einen Artikel, worin das Blatt die gegenwärtige Lage Oesterreichs schildert und sagt, daß eine Zollunion die Arbeit auf beiden Seiten befehlen würde. Auch die Frage der Münzunion sei nicht unlösbar. Das Blatt macht die Regierung auf die Verantwortlichkeit aufmerksam, die vielleicht noch nie so groß gewesen sei, wie gegenwärtig. Es sagt zum Schluß, daß die Regierung eine friedliche Lösung wegen mühen, oder es komme zu einer Katastrophe.

Rom, 28. August. Die Blätter melden, das Ergebnis der heutigen Besprechung des Schatzministers Paradore mit dem Sektions-

chef Dr. Schüller wäre dem Ministerrate vorgelegen, dessen Entscheidung auch für die internationalen Beziehungen wichtig sein werde. Bisher seien vonseiten Italiens keine unmittelbaren Drohungen ausgesprochen worden, doch seien an die italienischen Botschaften im Auslande Instruktionen ergangen und die Absichten Italiens den Alliierten mitgeteilt worden. — Die innere Politik Jugoslawiens erfordere eine erhöhte Aufmerksamkeit. Italien angehörschloswawischen Bündnisses der militärischen und der territorialen Lage Oesterreichs Rechnung. Die „Tribuna“ berichtet, daß vor der Tagung des Völkerbundes und bevor eine Verständigung mit den alliierten und interessierten Mächten erfolgt sei, keine Entscheidung erfolgen werde, weshalb die Unruhe des Auslandes unbegründet sei. Das Blatt bezeichnet insbesondere die Kommentare der Prager Blätter, worin ein italienisches Protektorat über Oesterreich angekündigt wird, als Phantasiegebilde.

Rom, 28. August. „Giornale d'Italia“ veröffentlicht eine Unterredung mit Sektionschef Dr. Schüller, der erklärt, daß die österreichische Wirtschaft gesund sei und nur eine Finanzierung erforderlich wäre.

Die deutsche Reparationsfrage.

Telegramm der „Marburger Zeitung“.

Rabinektörat in London.

London, 29. August. Der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ teilt mit, daß in einer Kabinettsitzung die Reparationsfrage im allgemeinen erörtert worden sei. Es heißt, Bradburys Bericht über die Berliner Verhandlungen sei dem Kabinett vorgelegen. Einen starken Eindruck hätte sein Hinweis auf die schweren sozialen und politischen Folgen hervorgerufen, die seiner Ansicht nach eintreten müßten, falls Zwangsmassnahmen oder zu weitgehende Kontrollmassnahmen gegen Deutschland zur Anwendung kommen sollten.

Der englische Bericht.

London, 29. August. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet: Der britische Delegierte bei der Reparationskommission, Bradbury, habe ihm Erklärungen abgegeben, in denen er ausführte, die Lage Deutschlands

sei derart, daß die Alliierten verpflichtet seien, der deutschen Regierung ein gewisses Vertrauen und ein gewisses Wohlwollen zu erweisen und darnach zu streben, zu Vereinbarungen zu gelangen, unter denen der deutsche Kredit wieder hergestellt werden könnte. Die Folgen einer Forderung von Barzahlungen im gegenwärtigen Augenblicke oder das Verlangen nach Garantien, die Deutschland nicht zu leisten imstande sei, sowie die Anwendung von Sanktionen zur Erzwingung deutscher Zahlungen und Verzinsungen würden nicht nur für Deutschland verhängnisvoll sein, sondern unmittelbare Wirkungen auf andere Länder haben.

Paris, 29. August. Die deutschen Delegierten Schröder und Bergmann sind hier angekommen. Die Reparationskommission wird morgen abends die deutschen Vorschläge prüfen und wahrscheinlich übermorgen ihre Entscheidung fällen.

Der Interparlamentarische Kongress in Wien.

Telegramm der „Marburger Zeitung“.

Wien, 29. August. Die interparlamentarische Konferenz setzte heute um 10 Uhr sonntags ihre Beratungen fort. Baron von Adelswärd erstattete einen ausführlichen Bericht über die Frage der nationalen und religiösen Minderheiten, wobei er auf die Zugänglichkeit der Friedensverträge hinsichtlich deren geographischen und kommerziellen Folgen die Beziehungen der neuen Staaten zueinander beeinträchtigten. Redner schloß den Antrag, das Studium dieser Frage einem ständigen Ausschusse für nationale und territoriale Fragen zu überweisen mit dem Auftrage, der nächsten Konferenz den Entwurf eines internationalen Reglements vorzulegen, das die Rechte der nationalen und religiösen Minderheiten in allen Staaten sichern soll. Weiter beantragte er eine Res-

olution, worin die Konferenz den Wunsch ausdrückt, eine dem Räte des Völkerbundes angegliederte Spezialkommission zum Zwecke von Studien und Berichterstattung an den Völkerbundrat, betreffend die Frage der nationalen Minderheiten, einzusetzen. Dierauf wurde die Beratung mit Rücksicht auf den Empfang beim Bundespräsidenten auf Nachmittag vertagt.

Wien, 29. August. Heute mittags wurden in den Räumen des Bundesministeriums für Äußeres die Mitglieder des interparlamentarischen Kongresses vom Bundespräsidenten Dr. Hainisch empfangen, wobei der Präsident der interparlamentarischen Union Baron Adelswärd und Bundespräsident Doktor Hainisch Ansprachen hielten.

bern den größten Anteil, doppelt so viel wie England, dreimal so viel wie Deutschland. Von den Staatsschulden und privaten Verpflichtungen muß billigerweise den auf dem früheren russischen Gebiete entstandenen neuen Staaten ihre Quote zugemessen werden.

Den Franzosen kommt es in erster Linie darauf an, die Barriere, die im Osten Deutschlands errichtet wurde, zu erhalten und sie nicht dadurch untergraben zu lassen, daß Rußland mit offener oder latenter Feindseligkeit ihr gegenübersteht. Das hier gestellte französisch-russische Problem ist nicht leicht zu entwirren. Die Russen wären wohl zu gewinnen, wenn Frankreich sich dazu entschließen würde, Polen die Kosten tragen zu lassen. Denn damit würde es auch die Polen von sich wegtreiben. Sie werden es umsonst tun, als sie wissen, daß hier auch die verwundbarste Stelle Sowjetrußlands sich befindet. Die von einer möglichen Koalition der Randstaaten gegen Rußland erwachsenden militärischen Gefahren werden in Moskau voll begriffen. Nicht, daß die rote Armee sich der Drohung nicht gewachsen fühlte. Aber es wäre für die Bolschewisten verhängnisvoll, das Land noch einmal in einen Krieg stürzen zu müssen. Sie müßten den Wiederaufbau im Innern wieder verschließen, sie würden verlieren, was sie seit Ende des Bürgerkrieges mühsam an Festigung ihres Reiches gewonnen haben.

Was die Orientpolitik der Sowjets betrifft, so führt diese mitten in die Weltpolitik. Fast auf der ganzen Linie begegnet Rußland dort englischen Bestrebungen, und die von Moskau ausgegangene revolutionäre Propaganda hat mit der Aufrufung der Völker zur Selbstbestimmung für England starke Gegenströmungen entfesselt. Ob man Moskau indessen für alle den Engländern erwachsenen Hindernisse verantwortlich machen kann, ist eine andere Frage. So dumm sind die Sowjets nicht, Feuerchen anzuzünden, wo bereits große Flammen von selbst gegen den englischen Einfluß lohen. In Persien, wo eine starke demokratische Bewegung die anti-englische Politik führt, wäre es jedenfalls verkehrt, eine bolschewistische Propaganda zu entfachen, und den Emir von Afghanistan halten vielleicht nur mehr resignierte Empfindungen vor einer engen Verbündertum mit dem Bolschewismus zurück.

Nach alledem ist es nicht schwer, zu erraten, wo Frankreich hinzieht, wenn es in dem Augenblicke, wo es mit England in der Frage der deutschen Reparationen in einen offenen Gegensatz gerät, die Idee einer französisch-russischen Verständigung mit Sowjetrußland in den Bereich der Möglichkeit rückt.

Fremdenjagd in Wien.

Es ist ein alter kriminalistischer Erfahrungssatz, daß die Verbrechertwelt in der Erfassung der technischen Errungenschaften und der jeweiligen Konjunktur den Behörden immer voraus ist. Gegenwärtig bietet der ungeheure Fremdenzufluß nach Wien allen Arten von Betrügnern und Gewaltmenschen die willkommenen Gelegenheiten, die Unerschaffenheit, Vertrauensseligkeit und Sensationslust der Zugereisten zu mißbrauchen. Von den zahlreichen Ausländern, die jetzt die alte, fröhliche Donaustadt besuchen, sind ja gut 80 Prozent Leute, denen nur der Tiefstand der österreichischen Valuta eine solche Vergnügungsreise gestattet. Niemand hätte sich früher träumen lassen, daß sie einmal in die Lage kommen könnten, mit ihrem geringen heimatischen Einkommen Wien zu besichtigen. Jetzt hat sich dieser Glücksfall für sie ergeben, und sie suchen bis zum Er-

